



Gebelberg gewährt Arbeitslosenunterstützung an die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Personen nach folgenden Grundlagen:

	pro Woche
1. für eine alleinstehende Person . . . . .	4,50 M
(in besonderen Fällen 5 M)	
2. für das Haupt der Familie . . . . .	8,80 -
3. - dessen Ehefrau u. erwachsene Familienangehörige . . . . .	2,80 -
4. - 1 Kind im Alter von 10—14 Jahren . . . . .	2,10 -
5. - unter 10 Jahren . . . . .	1,70 -

Familien mit eigenem Verdienst scheiden aus. Übersteigt der Verdienst 12 M wöchentlich, so wird er auf die Unterstützung angerechnet, das heißt er wird von der Unterstützung in Abzug gebracht. Ein Arbeitsloser mit Frau, einem Kind über 10 und zwei Kindern unter 10 Jahren würde demnach eine wöchentliche Unterstützung von 12,10 M erhalten.

Halle a. S. beabsichtigt nach einer Vorlage des Magistrats die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Es sollen „Zufüsse“ an die Arbeitslosen“ in der Höhe von 100, 50 und 25 Prozent (von welchem Satz, ist aus dem uns vorliegenden Bericht nicht zu erkennen) gewährt werden. Die Unterstützung darf 12 M pro Woche nicht übersteigen. Sodann näherer ergänzender Bericht vorliegt, werden wir darauf zurückkommen.

Gießen gewährt Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln an die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen bedürftigen Personen. Voraussetzung ist neben anderem, daß die, die Unterstützung in Anspruch nehmende Person schon vor dem Kriegsausbruch in Gießen ihren Wohnsitz genommen hatte und keine nach Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen zu betrachtende Arbeit nachgewiesen erhalten kann.

Die Unterstützung beträgt für jeden Kalendertag:

a) für den völlig arbeitslosen Haushaltungsvorstand . . . . .	50 M
b) für dessen völlig arbeitslose oder wegen der häuslichen Verhältnisse an einer Erwerbstätigkeit gehinderte Ehefrau . . . . .	30 -
c) für die Frau als Haushaltungsvorstand unter den gleichen Voraussetzungen wie bei b) . . . . .	40 -
d) für jedes zur Haushaltung zählende Kind unter 14 Jahren . . . . .	15 -
e) für jedes weitere, seitlich in der Behörde befindliche oder erwerbstätige und nun voll arbeitslose Familienmitglied . . . . .	20 -

Zusammen jedoch für die Familie nicht mehr wie 2 M für jeden Kalendertag oder 14 M in der Woche.

Übersteigt der Wochenverdienst einzelner noch arbeitsfähiger Familienmitglieder zusammen mit der städtischen Unterstützung für die Familie den Betrag von 14 M, so ist die städtische Unterstützung um den Mehrbetrag zu verzinsen.

Radeberg i. S. gewährt Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nach den Unterstützungsgründen für die Familien der Kriegsteilnehmer. Diese beträgt für:

eine Familie mit 1 Kind . . . . .	20 M pro Monat
- - - 3 Kinder . . . . .	36 - - -
- - - 6 - - - . . . . .	60 - - -

Sollingen gewährt Arbeitslosenunterstützung nach folgenden Grundsätzen. Es wird bezahlt für:

1. eine alleinstehende Person . . . . .	9,50 M pro Woche
2. das Familienhaupt . . . . .	2,50 -
3. die bei dem Manne lebende Frau . . . . .	2, - - -
4. ein Kind über 14 Jahre, das verdient und arbeitslos ist . . . . .	1,50 - - -
5. ein Kind von 10 bis 14 Jahren . . . . .	1,20 - - -
6. - - - bis zu 10 Jahren . . . . .	1, - - -

Außerdem wird ein Mietzuschuß in Höhe von 50 Prozent des Mietbetrages, jedoch nicht mehr als monatlich 15 M geleistet. Eine aus 6 Köpfen bestehende Familie würde demnach erhalten: der Mann . . . . . 2,50 M pro Woche die Ehefrau . . . . . 2, - - - der arbeitslose Sohn über 14 Jahre . . . . . 1,50 - - - 1 Kind im Alter von 10 bis 14 Jahren . . . . . 1,20 - - - 2 Kinder unter 10 Jahren . . . . . 2, - - - zusammen 9,20 M pro Woche

Solingen-Gräfrath. Die Gemeinde Gräfrath bei Solingen gewährt Arbeitslosenunterstützung an arbeitslose Personen unter 16 Jahren 1,25 M, über 16 Jahre 1,75 M, verheiratete Arbeitslose ohne Kinder 2,75 M, für je 1 Kind unter 14 Jahren 25 M pro Tag. Unter Zugrundeziehung von 6 Arbeitstagen pro Woche würde die Unterstützung für einen verheirateten Arbeitslosen mit 3 Kindern unter 14 Jahren 21 M betragen.

Solingen-Haan. Die Gemeinde Haan bei Solingen gewährt Arbeitslosenunterstützung in der Höhe der Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt somit für:

eine Familie mit 1 Kind . . . . .	22 M pro Monat
- - - 3 Kinder . . . . .	35 - - -
- - - 6 - - - . . . . .	62 - - -

Burgen. In der Stadt Burgen erhalten Arbeitslose auf beforderter Antrag Unterstützung. Die Höhe ist nicht bekannt festgestellt.

**Kollegen, vergebt den Kriegsfonds unseres Verbandes nicht, führt ihm unablässig neue Mittel zu!**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Gewinner zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Septbr. der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober 1914 fällig ist.

### Mittheilung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden angefordert, sich gegen die gegen sie beim Reichstag erhobenen Rechtfertigungen zu verteidigen. Sämtliche dreimaligen Aufschriften keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausklösung aus dem Verband.

Sur-Mining der Bergbauherrschaft in Bremen:

Der former Carl Kreutz, geb. am 20. Mai 1868 zu Rendsburg, Stadt-Nr. 109777, wegen Unterdrückung des Sozialstaates.

Geflügelte Kurzberichte:

Zahl-Nr. 1064110. Inschrift auf den S.A.L.M. Dienst-Dokument, geb. am 2. März 1890 zu Bremen-Bremen. Das Dok ist, wenn es rezipiert wird, ungefähr so lang wie eine Zigarette.

Die für den Bergbauherrschaft befreimten Zeichungen sind am Reichstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stadtbüro, Reichstraße 16 a, zu abtreten. Zeichnungen abtreten nur an Deutschen Metallarbeiter-Verband, das es bekommt nichts, da diese Mitglieder ja nur ihre Unterstützung bekommen. Der Preis für beide Zeichnungen ist von 45. Zeichnungen bekommt eins nichts! Die Zeichnung soll einige Minuten eingerichtet werden, wird dieser Betrag an der Unterstützung entzogen! Wer kommt nach einem Sch

## Korrespondenzen.

### Glempner.

Hamburg. Nun ist es wieder Zeit, daß es Unternehmen gibt, die in der für das deutsche Volk so schweren Zeit die Prostifte über alle Maßen wollen lassen, ist schon mehrfach festgestellt worden, daß darunter aber gerade auch solche Unternehmer sind, die infolge der Kriegerischen Wittern von der Heeresverwaltung gut bezahlte Aufträge erhalten, dies aber dazu benutzen, die Löhne der Arbeiterinnen um 20 % zu senken und als Ausgleich für die Lohnabnahme verlangen, daß die Arbeiterinnen 14 Stunden arbeiten sollen, hätten wir diesen Leuten nicht zugestanden. Und doch ist es Tatsache, die Firma Koch (Emballagenfabrik, Winterhuder Weg) hat von der Heeresverwaltung einen größeren Auftrag auf Konkurrenz erhalten. Die Firma zahlte bis jetzt für 100 Stück zu Löten 50 M. Die große Arbeitslosigkeit benutzt die Firma nun dazu, einen Abzug von 10 % für 100 Stück vorzunehmen und sie bemerkte zu gleich, daß jetzt nicht nur bis 8 Uhr, sondern bis 10 Uhr abends gearbeitet werden müsse. Die Arbeiterinnen lieben sich die unheimlichsten Formen angedrohte Lohnabnahme und die Arbeitszeitverlängerung nicht so ohne weiteres gefallen, sondern legten die Arbeit nieder. Die Arbeitsentlastung geschah Sonnabends. Montags wurden die streitenden Arbeiterinnen auf Kontor gestellt; sie gingen hin in der Erwartung, daß die Firma eine Aussprache über die Streitfrage herbeiführen wolle. Über weit gesetzt: Als die Arbeiterinnen das Kontor beitaten, wurden sie einen Polizeibeamten gewahrt. Herr Koch fuhr die Arbeiterinnen an: „Wenn Ihr nicht arbeiten wollt, wie ich es wünsche, requirierte ich militärische Hilfe.“ Ferner: „Sie haben so lange zu arbeiten, wie ich es will.“ wollt ihr das nicht, so interniere ich euch, ihr kommt dann überhaupt nicht mehr aus der Fabrik, daß dann ihr einmal eine Zeitlang mit eurem Chef in Freuden vorlieb nehmen.“ Dies war auch dem Herrn Polizeibeamten zu stark. Er erklärte Herrn Koch: „So weit Sie mit Ihren Drohungen nicht gehen.“ Eine derartige Handlungswelt ist schon mehr als gemein zu nennen, unterschätzter kann man der Arbeiterschaft gewiß nicht mehr eingegangen. Wie stellt sich die Heeresverwaltung zu einem derartigen Vorgehen, wie es die Firma Koch besteht? Noch mehr! Die Androhung einer Freiheitsberaubung ist eine strafbare Handlung; es muss hier nicht allein die Heeresverwaltung, sondern die Staatsanwaltschaft eingreifen. Deutschland befindet sich, nach Ausspruch des Reichsgerichts, in einem Abwehrkrieg gegen Russland, aber den Unternehmern vom Schlage eines Koch wären russische Zustände sehr erwünscht.

### Metallarbeiter.

Breslau. Die heisste Verwaltungssphäre steht am 8. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die bis auf den letzten Platz besetzt war. Die Ortsverwaltung gab durch den Kollegen Philipp Bercht über die Renditionen im Unterstützungswochen und über die Stellungnahme des Vorstandes zur Zahlung vom Unterstützungen an die Angehörigen der zum Kriege eingezogenen. Vorstand wie Ortsverwaltung sind darin einig, daß es Aufgabe des Verbandes sein muß, vor allen anderen den Metallarbeiter in den Arbeitslosen beizustehen. Den Arbeitslosen hilft niemand; sie stehen viel schlechter da als die Kriegerfrauen, denen Staats- und Gemeindehilfe zuteilt wird, und in vielen noch Unterstützung von Unternehmern erhalten. Der Metallarbeiter-Verband hält es deshalb für ein großes Unrecht, wenn den Arbeitslosen von ihrer geringen Unterstützung noch Abzüge gemacht werden sollen, um damit den Kriegerfrauen eine Gehilfe geben zu können, wie es einige andere Verbände bereits getan haben. Die Arbeitslosen erhalten nach wie vor die volle Unterstützung. Um den Kriegerfrauen, besonders denen, die keine gemeindliche Gehilfe erhalten, beizustehen, hat der Vorstand einen sogenannten Hilfsfonds gegründet, aus dem je nach der Bedürftigkeit Gehilfen gehabt werden sollen. In diesen Hilfsfonds kommen zunächst die bereits eingeführten Gehaltsabzüge der Angestellten, ferner freie Willige Beiträge, die von den arbeitenden Kollegen gezahlt werden sollen. Die Beiträge werden durch besondere Kriegsfondsmitteln quittiert, die ins Mitgliedsbuch geführt werden sollen. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, einen obligatorischen Beitrag von 25 M. die Woche zu erheben, wurde von der Ortsverwaltung abgelehnt und abgelehnt. Die Ortsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Zeit nicht dazu angezeigt ist, eine Beitragssteigerung einzuführen. Sie hofft jedoch, daß die noch voll arbeitenden Kollegen ohne besondere Abzug ihre Pflicht erfüllen werden. Eine Entschließung besagt, daß die Versammlung von jedem Mitglied erwartet, daß es eine monatliche Gehilfe von 50 M. bis 1 M. zahlt. Die Versammlung hält einstimmig die Stellungnahme der Ortsverwaltung in der Unterstützungsfrage für gut und drückt ihr Vertrauen damit aus. Der Kassierer Koch erläutert dann einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Organisation. Etwa 1800 Mann sind bis jetzt zum Kriege eingezogen und über 600 Kollegen sind arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit dürfte aber in der nächsten Zeit noch bedeutend steigen, da sich vorläufig mehrere Hundert als Schachtarbeiter haben anwerben lassen. Sobald diese Arbeiten beendet sind, wird die Zahl der arbeitslosen Mitglieder weit über 1000 sein. Bedauern wird sie ja es, daß trotz dieser großen Zahl von Arbeitslosen der heisste Arbeitsnachweis der Eisenindustrien noch weiterhin fortgesetzt. Ansprüche werden ein gestellt und die Breslauer Metallarbeiter müssen hungernd auf der Straße liegen. Römisch-Germanische Schule kann aus die gegenwärtige schwere und triste Zeit hingewiesen und alle Kollegen und Kolleginnen zur Treue und Hingabe für den Verband ermahnt, jedoch er mit einem Begeisterung Koch auf diese.

Göppingen. Die Unternehmer und der Kriegs- und in seinem Industriegebiet hat die Arbeiterschaft unter den Folgen des Krieges mehr zu leiden als im Göppinger. Von den 1900 Mitgliedern, die vor dem Ausbruch des Krieges hatten, sind jetzt nahezu 800 einbezogen worden. Von den beschäftigten 1100 Mitgliedern sind über 450 arbeitslos. Aber die Unternehmer rufen die Lage der Arbeiter leider aus. Die wenigen Unternehmer, die noch weiterarbeiten helfen, drücken die Allgemeinheit. Ob sie durch diese Handlung ihre politische Gefangen ausdrücken wollen? Der Fabrikantenverein Göppingen ist auch der Nachkommung an den Bergleuten bekannt, daß die Unternehmer bezahlen haben, die Betriebe während der Kriegszeit nicht zu jährliehen, sondern weiterarbeiten zu lassen. Am gleichen Tage jedoch über alle Unternehmer ihre Betriebe ein, nur einige beobachteten nach wenigen Tagen wieder einen Teil ihrer Arbeiter. Doch bedarf die Arbeiter nicht befriedigt werden, ist selbstverständlich. Wie die Sache jedoch weiter getrieben wurde, sei am ehesten Beispiele dargestellt. Die Firma Gerd. Müller, die 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der Firma melden. Da wurde den Unternehmern erlaubt, daß sie nunmehr arbeiten können, aber möglichst mit dem Ende der Mittagspause. Sämtliche 600 Arbeiter und Unternehmer beschäftigte, wurde etwa drei Wochen nach dem Ausbruch einem Teil der Arbeiter die Mittagspause weggenommen. Sie ließen sich bei der F



